



Aufarbeitung der eigenen Nachkriegsgeschichte

Aufarbeitung der eigenen Nachkriegsgeschichte
Erste Ergebnisse des Projektes zur Erforschung der Vergangenheit der beiden deutschen Innenministerien im Nachkriegsdeutschland vorgestellt
Auf der Tagung "NS-Belastung und politischer Neuanfang. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin" wurden heute im Bundesministerium des Innern in Berlin die ersten Ergebnisse des Aufarbeitungsprojekts zur Nachkriegsgeschichte der beiden deutschen Innenministerien vorgestellt.
Der Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière hat das Forschungsprojekt, bei dem vor allem mögliche personelle und sachliche Kontinuitäten zur Zeit des Nationalsozialismus untersucht werden sollen, vor elf Monaten ins Leben gerufen. "Denn nur, wenn wir unsere Vergangenheit kennen, können wir gegenwärtige Entwicklungen einordnen und die Zukunft verantwortungsbewusst gestalten", so der Bundesinnenminister.
Zahl der NSDAP-Mitglieder höher als bisher angenommen
Die ersten Befunde der Studie deuten darauf hin, dass die Anzahl ehemaliger NSDAP-Mitglieder im westdeutschen Bundesministerium des Innern (BMI) mit 54% und im Ministerium des Innern der DDR (Mdi) mit 14% in der Nachkriegszeit höher war als bisher angenommen wurde. Die Zahlen haben die Forscherinnen und Forscher des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ) und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) in einer Vorstudie ermittelt, die von Prof. Dr. Andreas Wirsching und Prof. Dr. Frank Bösch geleitet wird.
In der nun folgenden Hauptstudie geht es darum, diese vorerst ermittelte rein formale Belastung weitergehend zu erforschen: Die Mitgliedschaft in der NSDAP alleine sagt noch wenig aus. Wir wollen wissen, was die Mitarbeiter der beiden deutschen Innenministerien in der Zeit des Nationalsozialismus getan haben. Wie sahen ihre Lebensläufe aus? Welche Prägungen brachten sie mit? Und wie wirkte sich dies auf die Innenpolitik der Bundesrepublik und der DDR aus?", erläuterte Prof. Dr. Wirsching, Direktor des IfZ, das beabsichtigte Vorgehen des Forschungsteams.
Im weiteren Forschungsverlauf sollen außerdem generellere Entwicklungen der Anfangsjahre der beiden Ministerien in den Blick genommen werden. "Wie ging man intern mit der Frage nach der Belastung der Mitarbeiter um? Welche Lern- und Anpassungsprozesse des Personals und der Institutionen selbst fanden statt? Welche Rolle nahmen die Ministerien im Gesamtgefüge des Regierungssystems ein? All dies sind Fragen, die auch in der vergleichenden Ost-West-Perspektive neue Ergebnisse versprechen.", so ZZF-Direktor Prof. Dr. Bösch. Denn auch die Hauptstudie soll sowohl das BMI als auch das Mdi untersuchen.
Abschluss des Forschungsprojektes im Jahr 2018
Die Hauptstudie wird von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet, den der Bundesinnenminister heute benannt hat.
"Es liegt in der gesellschaftlichen Verantwortung demokratischer staatlicher Institutionen, die eigene Vergangenheit aufzuarbeiten. Die ehrliche und transparente Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, entspricht auch dem kulturellen Selbstverständnis Deutschlands als parlamentarischer Demokratie", sagte der Bundesinnenminister. Bis Juni 2018 soll das Projekt mit der Veröffentlichung eines Referenzwerks und verschiedenen Monographien abgeschlossen werden.
Den Bericht zur Vorstudie können Sie auf der Webseite des BMI und denen der Institute einsehen.
Bundesministerium des Innern (BMI)
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin
Telefon: +49 30 18681-1022/-1023/-1089
Telefax: +49 30 18681-1083
Mail: presse@bmi.bund.de
URL: <http://www.bmi.bund.de>


Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Das Bundesministerium des Innern erfüllt ein breites Aufgabenspektrum und ist differenziert organisiert. Es hat seinen Sitz in Berlin und Bonn und verfügt über eine weit verzweigte Behördenstruktur. Seit dem 12. Juli 1999 ist Berlin sein erster Dienstsitz. Das im Bezirk Berlin-Mitte, Ortsteil Moabit, gelegene Dienstgebäude bietet auf 13 Etagen Raum für rund 900 Berliner Bedienstete des Ministeriums. Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt. Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat. Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.